

„Bei der Zuwanderung von Facharbeitskräften läuft uns die Zeit davon“

Der frühere Außenminister Heiko Maas über seinen neuen Job als Wirtschaftsberater, die Herausforderungen für deutsche Unternehmen und ein Leben ohne Politik

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Heiko Maas war von 2013 bis 2018 Bundesjustizminister und von 2018 bis Anfang 2022 Bundesaußenminister. Seit Beginn dieses Jahres ist der ehemalige SPD-Politiker Partner bei der Wirtschaftskanzlei GSK Stockmann.



Heiko Maas ist heute als Partner in einer Wirtschaftskanzlei tätig. Foto: Lys Y. Seng

Aufgrund der geopolitischen Lage gibt es derzeit großen Beratungsbedarf, wie sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Zukunft verändern werden. Es gibt viele deutsche Unternehmen, die ein internationales Geschäft haben und die sich vor allem im Zuge des Ukraine-Krieges fragen, wie es weitergeht und wie sich die Märkte entwickeln. Viele Firmen haben auch ein großes Interesse an der Einschätzung, wie es mit China weitergeht und ob China das zweite Russland werden könnte und was das wirtschaftlich bedeuten würde.

> Empfehlen Sie Unternehmen, Produktion aus China zurück nach Europa zu verlagern?

Wie so oft, das kommt darauf an. In bestimmten Bereichen ist das durchaus sinnvoll. Die Europäische Union hat 13 Wirtschaftsbereiche deklariert, in denen man versucht, Produktion wieder in Europa stattfinden zu lassen. Das wird auch entsprechend gefördert. Dazu gehört etwa die Produktion von Halbleitern, also von Computerchips. Vor allem die Automobilindustrie hat ja sehr darunter gelitten, dass die Lieferketten für Halbleiter etwa aus Taiwan unterbrochen waren. Auch im Bereich der Pharmazie ist eine größere Autarkie wünschenswert. Aber das gilt nicht für alle Branchen. Und es würde auch gar nicht funktionieren, die Produktion überall wieder nach Europa zu holen.

> Auch Nachhaltigkeit und der Kampf gegen die Klimakrise führen bestimmt zu Beratungsbedarf in der Wirtschaft.

Ich kümmere mich vor allen Dingen um Industrieunternehmen in Transformationsprozessen. Viele Unternehmen müssen durch die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel ihre kompletten Produk-

tionsprozesse umstellen. Stahlunternehmen etwa müssen in Zukunft „grünen Stahl“ produzieren. Dazu legen sie ihre Kohle-Hochöfen still und bauen Elektro-Hochöfen. Das sind Milliarden-Investitionen. Die Unternehmen haben hier aber gar keine Wahl. Denn unabhängig von den gesetzlichen Bestimmungen müssen sich alle Unternehmen darauf einstellen, dass künftig nur noch Produkte wettbewerbsfähig sind, die auch nachhaltig sind.

> Der „Inflation Reduction Act“ in den USA, der Milliardenhilfen für Klimotechnologien vorsieht, verleitet auch deutsche Unternehmen zu Investitionen in Amerika. Fürchten Sie eine zunehmende Abwanderung?

Ja, die Gefahr besteht. In den USA werden die Rahmenbedingungen deutlich attraktiver und der Staat übt Druck aus, Wertschöpfung dort zu schaffen. Es ist daher notwendig, dass die EU mit den Vereinigten Staaten zu Regelungen kommt, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen. Eine solche Einigung gibt es bisher leider noch nicht. Aber das ist ein ganz zentrales Thema zwischen Europa und den USA. Es gibt derzeit keinen europäischen

Regierungschef, der in die USA reist, ohne dies dort anzusprechen.

> Nach 30 Jahren in der Politik: Was ist für Sie eine besonders positive Veränderung im neuen Job?

Dass ich nicht mehr ständig in der Öffentlichkeit stehe.

> Viele ehemalige Politiker würden vermutlich genau das am Leben ohne Amt vermissen.

Ja, das kann schon sein. Aber das ist eine Frage der Persönlichkeit. Wer Probleme damit hat, dass man ohne Amt nicht mehr so interessant für die Öffentlichkeit ist, der ist womöglich zu lange Minister gewesen. Denn irgendwann beginnt man zu glauben, dass die Verbeugungen und Knickse, die vor einem gemacht werden, einem persönlich gelten. In Wahrheit gelten sie aber nur dem Amt. Wer sich zu sehr an die Verbeugungen und Knickse gewöhnt hat, der bekommt Phantom-schmerzen, wenn diese plötzlich nicht mehr so zahlreich sind. Das ist bei mir zum Glück nicht so.

① **Info:** Was Heiko Maas zur Deglobalisierung sagt: www.rnz.de/politik

> **Wer sucht derzeit denn besonders häufig Rat?**